

[http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aerzte-bundestag-beschliesst-gesetz-gegen-aerztemangel\\_aid\\_689673.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aerzte-bundestag-beschliesst-gesetz-gegen-aerztemangel_aid_689673.html)

Ärzte

## Bundestag beschließt Gesetz gegen Ärztemangel

Donnerstag, 01.12.2011, 13:11

**Der Bundestag hat die Neuregelung des Versorgungsgesetzes zum Kampf gegen den Ärztemangel mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. Mit dem Gesetz sollen mehr Ärzte in ländliche Regionen gelockt werden. Doch „gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht“, hieß es aus der SPD.**

Das neue Versorgungsgesetz zum Kampf gegen den Ärztemangel ist unter Dach und Fach. Der Bundestag hat die Neuregelung am Donnerstag mit den Stimmen von Union und FDP beschlossen. Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) und andere Koalitionsvertreter lobten das Gesetz als gutes Mittel, um die ärztliche Versorgung in der Fläche zu verbessern. Oppositionspolitiker dagegen kritisierten das Gesetz als wirkungslos und kündigten eine Revision nach der nächsten Bundestagswahl an.

Das Versorgungsgesetz sieht unter anderem vor, dass Ärzte keine Abschläge mehr auf ihre Honorare hinnehmen müssen, wenn sie in dünn besiedelten Gebieten arbeiten. Zudem soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Die Regierung rechnet mit zusätzlichen Kosten von 200 Millionen Euro im Jahr für die gesetzlichen Krankenkassen.

„Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht“, sagte die SPD-Politikerin Elke Ferner dazu. Die Ziele der Koalition in Sachen ärztlicher Versorgung seien zwar grundsätzlich sinnvoll, Bahrs Vorlage aber sei „unausgegoren“ und verdiene den Namen Versorgungsgesetz nicht. Insbesondere bekämpfe es nicht das Überangebot an Ärzten in bestimmten Gebieten. Nach einem Regierungswechsel 2013 werde die Regelung gekippt.

Das kündigte auch die Linke-Abgeordnete Martina Bunge an. Das Beste an dem Gesetz sei, „dass es keinen dauerhaften Schaden anrichtet“. 2013 gebe es die „Chance auf Änderung“. Die Regelung bringe lediglich „erste klägliche Schritte eines notwendigen Marathons“ und dazu Mehrkosten „in noch unkalkulierbarer Höhe“. Diese zusätzlichen Kosten müssten die Versicherten tragen. Bunge kritisierte zudem, dass der Fokus des Gesetzes auf Ärzten liege und andere Gesundheitsberufe, etwa den Hebammen, ausklammere.

Der Grünen-Politiker Harald Terpe warf der Koalition vor, sie bediene vorrangig „Partikularinteressen der Ärzteschaft“. Zugleich würden die Krankenkassen und letztlich die Patienten geschwächt. Nötig seien „grundlegende strukturelle Veränderungen“ in der Gesundheitsversorgung, doch diese leiste das Gesetz nicht. Es lasse zudem die Belange der Krankenhäuser außen vor.

### Zöller: Patient steht im Mittelpunkt

Bahr zeigte sich hingegen überzeugt, dass das Gesetz die ärztliche Versorgung auf dem Land verbessern werde. Dazu würden die nötigen Anreize geschaffen, damit sich Mediziner in den ländlichen Regionen niederlassen. Auch werde zum Abbau von Überversorgungen beigetragen.

Der Unions-Abgeordnete und Pateintenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, erklärte, das Gesetz stelle „die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt“. Diesen Ansatz hätten frühere Regierungen nicht verfolgt, sondern stets nur vorhandene Strukturen zu erhalten versucht, sagte der CSU-Politiker. Nun sei man auf dem richtigen Weg, „eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung“ sicherzustellen.

Der FDP-Politiker Heinz Lanfermann warf der Opposition vor, den medizinischen Bereich überregulieren zu wollen. Die Koalition hingegen bekämpfe den drohenden Ärztemangel „mit Anreizen“ und nicht „mit Planwirtschaft“. Lanfermann forderte SPD, Linke und Grüne auf, ihre Parteikollegen in den Landesregierungen zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze für Medizin zu bewegen. Dies sei eine wichtige Komponente bei der Bekämpfung des Ärztemangels.

slc/gx/dapd